

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Finanzausschuss	19.03.2018

Erwerb eines Geschäftsanteils der Partnerschaft Deutschland GmbH

Im Rahmen der Beratung der Vorlage 0168/2018 zum Erwerb eines Anteils an der Partnerschaft Deutschland GmbH hatte der Ausschuss folgende Fragen gestellt:

- Wer sind die Anteilseigner an der PD?
- Wie lautet der Gesellschaftszweck der GmbH?
- Welche Formen von Beratung leistet die PD?
- Welche Vorteile bietet die Mitgliedschaft für die Stadt Köln?

Die Verwaltung beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu 1: Wer sind die Anteilseigner der Partnerschaft Deutschland GmbH?

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH befindet sich zu 100 Prozent in den Händen öffentlicher Gesellschafter. Zum Stand 28.02.18 stellen sich die Anteilsverhältnisse wie folgt dar: ,

Gesellschaftergruppe	Ist	Ziel	Anteil pro Gesellschafter
1) Bund	9.184	3.006	
2) Länder	400	1.600	100
3) Kommunen	216	3.006	2 - 25
4) Körperschaften	100	500	20
5) Sonstige	120	1908	10 - 100
	10.020	10.020	

Wie sich der Tabelle entnehmen lässt, möchte der Bund seinen Anteil an der Gesellschaft verringern. Die Partnerschaft Deutschland ist bestrebt, den Anteil von Ländern und Kommunen entsprechend zu erhöhen. Unter 5) Sonstige sind Mitglieder in Privatrechtsform, die von öffentlichen Stellen gehalten werden sowie ausländische Staaten und Organisationen zu verstehen. Als größere Städte aus NRW haben bislang Duisburg, Remscheid, Recklinghausen und Aachen Anteile an der PD erworben.

Zu 2: Wie lautet der Gesellschaftszweck der GmbH?

Nachfolgend ein Auszug aus dem Gesellschaftsvertrag:

„2. Unternehmensziele und –gegenstand

2.1.1 Satzungsgemäßer Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen, um die staatlichen Investitions- und

Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen.

2.1.2 Die Gesellschaft soll ausdrücklich für eine ergebnisoffene Prüfung unabhängig vom gewählten Beschaffungs- bzw. Realisierungsansatz stehen, die ausschließlich im wirtschaftlichen Interesse des öffentlichen Auftraggebers erfolgt. Bestehende Angebote sollen dabei ergänzt, aber nicht verdrängt werden.

2.1.3 Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei ein flächendeckendes variantenneutrales Beratungsangebot zu allen Beschaffungsvarianten auch gerade für Kommunen über den kompletten Projektzyklus von öffentlichen Investitionsvorhaben sein. Die Gesellschaft erweitert damit ihr Beratungsspektrum um den großen Anteil der öffentlichen Investitionsvorhaben, die konventionell realisiert werden. Dabei nimmt die Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Variantenvergleichen, Eignungstests und Machbarkeitsuntersuchungen und der strategischen und organisatorischen Beratung für Investitionsvorhaben aller Art eine besondere Bedeutung ein. Neben der Beratung soll auch die unmittelbare Schulung von kommunalen Anwendern weiter ausgebaut werden mit dem Ziel, dass diese eigenständig die erforderlichen Verfahrensschritte durchführen bzw. ggf. erforderliche weitere externe Planungs- und Beratungsleistungen beschaffen können. In Zusammenarbeit mit ausgewählten technischen Rahmenvertragspartnern soll die Gesellschaft darüber hinaus flächendeckend in Deutschland Projektplaner, Projektmanager und Projektsteuerer anbieten, die die Wirtschaftlichkeit von Projektansätzen und Beschaffungsalternativen mittels fortzuentwickelnder Rechenmodelle für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen umfassend vergleichen und beurteilen können.

2.1.4 Im Bereich Bau und Infrastruktur soll die vorhandene Kompetenz in der wirtschaftlich effizienten Strukturierung und Steuerung von Hochbau-Großprojekten und vergleichbaren komplexen Infrastrukturbeschaffungen auf allen staatlichen Ebenen ausgebaut und um Kompetenzen bei der Begleitung von kommunalen (ggf. kleineren) Projekten erweitert werden. Die Beratung soll dabei alle Realisierungsvarianten umfassen und den Lebenszyklus von Investitionen in den Fokus nehmen. Dazu zählen auch Projekte von anspruchsvollen Verwaltungs- und Kulturbauten, im Gesundheitswesen und im Forschungs- und Bildungsbereich, namentlich Investitionen im Universitäts- und Krankenhausbau und im Bereich der medizintechnischen Ausstattung. Dabei wird auch eine möglichst weitgehende Kooperation mit den Infrastruktur- und ÖPP-Kompetenzzentren (im Bund-Länder-Netzwerk) und den Förderbanken (auch im Sinne eines föderalen Subsidiaritätsprinzips) angestrebt. Die Gesellschaft soll weiterhin die Funktion als ÖPP-Kompetenzzentrum behalten. Die Gesellschafter werden ihren Einfluss auf die Gesellschaft dahingehend ausüben, dass die Gesellschaft auf entsprechenden Wunsch eines Landes eine Kooperation über die Beratung von Kommunen zu Infrastrukturprojekten mit diesem vereinbart. Eine solche Kooperation ist zwischen der Gesellschaft und dem jeweiligen Land individuell zu vereinbaren. Ein weiterer besonderer Aufgabenschwerpunkt der Gesellschaft ist zudem der weitere Ausbau des Bereichs IT/Dienstleistungen zu einem Strategie- und Organisationsberater für die gesamte öffentliche Verwaltung auch im internationalen Raum bei anspruchsvollen Veränderungsprojekten in den Bereichen Strategie und Organisation. Ausgehend von einer vorgelagerten Strategieberatung umfasst dies sowohl die Konzeption und Umsetzung von Organisationsmodellen als auch strategische Sourcing-Konzeptionen. Das Angebot des Bereichs IT /Dienstleistungen wird künftig das gesamte Spektrum der Strategie- und Organisationsberatung abdecken, die exklusiv und interdisziplinär und mit aufgabenkritischen und organisatorischen Fragestellungen zu Modernisierungsansätzen der Verwaltung erbracht wird.

2.1.5 Die Notwendigkeit einer strategischen Verwaltungsmodernisierung trifft sowohl den Bund als auch Länder und Kommunen, insbesondere auch aufgrund der immer stärkeren Fokussierung auf Kernaufgaben sowie der absehbaren Schwierigkeit, junge Talente für die Verwaltung zu gewinnen und der deshalb erforderlichen steigenden Inanspruchnahme von Marktangeboten. Strategie- und Organisationsberatung adressiert vor allem Effizienzsteigerungen, Verwaltungsmodernisierung, aufgabenkritische Projektansätze und die am Markt orientierte Erbringung von Querschnittfunktionen oder Unterstützungsleistungen. Hierbei sind Kooperationen eine wichtige Handlungsalternative, um die Effizienz der Aufgabenerfüllung zu steigern und einer zunehmenden Aufgabenfülle gerecht werden zu können.“

Zu 3: Welche Formen von Beratung leistet die PD?

Laut Eigenwerbung der PD Deutschland werden insbesondere folgende Beratungsleistungen er-

bracht:

Die PD Deutschland unterstützt kommunale Verwaltungen durch:

- Bedarfsermittlungen und strategische Projektkonzepte
- Machbarkeitsuntersuchungen, Standort- und Variantenvergleiche
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zu Realisierungs- und Beschaffungsvarianten
- Vergabeverfahren und Verhandlungen mit Auftragnehmern
- Projektsteuerung und Projektcontrolling
- Supervision und Analyse von Projekten und Vergabeverfahren

Zu 4: Welche Vorteile bietet die Mitgliedschaft für die Stadt Köln?

Eine Mitgliedschaft bietet den Vorteil, die PD Deutschland zeitnah im Wege einer Inhouse-Vergabe beauftragen zu können. Die Preisgestaltung der PD bewegt sich im marktüblichen Umfeld.

Gez. Klug